

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Bestlags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Br. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingehalt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 158

Sonntag, 10. Juli

1921

Der Reichskanzler in Breslau.

Breslau, 8. Juli. Der Reichskanzler, der heute in Begleitung des preussischen Ministers des Innern Dominicus hier eingetroffen ist, nahm zunächst im Oberpräsidium die Vorstellung der Beamten entgegen und empfing dann die Vertreter der sächsischen Parteien, Gewerkschaften und der sächsischen Abgeordneten, darunter den eben hier aus der Gefangenschaft befreiten Abg. Szepont, sowie Vertreter der Presse, wobei nach den einleitenden Worten des Reichskanzlers auch die Parteien zu Worte kamen. Es wurden die schwebenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen eingehend erörtert. Daneben nahm der Reichskanzler die Gelegenheit wahr, mit zahlreichen Einzelabgeordneten, insbesondere Vertretern der Flüchtlingsfürsorge, der Gewerkschaften, der Beamten- und Angestelltenorganisationen und anderen Vertretungen die Wünsche und Klagen der Bevölkerung und insbesondere der vertriebenen Deutschen aus Oberschlesien zu besprechen. In den Verhandlungen betonte der Reichskanzler den festen Willen der Reichsregierung, zur Verrückung der Not der ober-schlesischen Bevölkerung mit allen verfügbaren Mitteln beizutragen. Die politische Aussprache ergab insbesondere die nötige Grundlosigkeit der vereinzelt auftretenden Behauptungen bezüglich innerer Unruhen, die durch die Politik rechtsradikaler Elemente hervorgerufen werden könnten. Von einer Bedrohung der Sicherheit in Mittel- und Oberschlesien kann nach den übereinstimmenden Erklärungen nicht gesprochen werden. Alle solche etwaige Behauptungen werden mit Entschiedenheit von sämtlichen Parteien abgelehnt. Von allen Seiten, insbesondere auch von Vertretern der deutschnationalen Volkspartei wurde, entsprechend der Meinung des Reichskanzlers, die einmütige Bereitschaft bekundet, hinter der Not der Zeit alle trennenden Momente zurückstellen zu lassen und in gemeinsamer Arbeit am Wiederaufbau Schlesiens zu wirken. Am Nachmittag stattete der Reichskanzler dem Kardinalbischof Dr. Vertram einen Besuch ab. Abends 6 Uhr sprach er in einer Volkerversammlung in der Jahrhunderthalle. Die weite Rappelhalle war dicht gefüllt. Etwa 10 000 Menschen mochten anwesend sein, darunter die Spitzen der Behörden, die Vertreter der Stadt, die Führer der politischen Parteien. Oberbürgermeister Dr. Wagner eröffnete die Versammlung mit kurzen Worten. Dann sprach der Reichskanzler. Er wies darauf hin, daß heute beim Empfang von Vertretern der rechten Seite betont worden sei, jedes Mißtrauen und jeder Verdacht, man wolle den Selbstschutz zum Sturz des demokratischen Volkstaates mißbrauchen, sei unbegründet. Der Reichskanzler sprach dann über die Konventionen. Er sei überzeugt, daß diese Wunde am Rhein sich bald schließen müsse. Der Reichskanzler sagte gegen Schluß seiner Rede: Vor einigen Tagen, als noch der Aufruhr tobte, und darauf in Deutschland mancher Faust sich kampflos hobte, habe ich in einem Gespräch mit dem französischen Vorkämpfer in Berlin auf die große Gefahr hingewiesen, und ich habe unumwunden gehört, daß die Haltung Frankreichs bei einem Angriff der Reichswehr nicht mißzuverstehen sein werde. Ich weiß nicht, wie man sich beim Zustandekommen des Friedensvertrages von Versailles in den alliierten Kreisen den Gedanken des Rechts vorgestellt hat. Ist das nur leerer Schein gewesen, daß in Oberschlesien abgestimmt werden sollte? Hat man nicht gerade polnischen Wünschen willig ein Ohr geliehen, als man gerade dieses Stück zur Abkündigung herausgeschnitten hat? Nein, solange in Schlesien im kommenden Jahrhundert noch der Gedanke der Freiheit einen Klang hat, und er wird ihn immer haben, werden die Alliierten niemals das Ergebnis der Abstimmung, das aberwärtig für Deutschland ausfiel, aus der Welt schaffen können. Niemand wird irgendein Volk der Welt aber dieses Recht zur Tagesordnung ausschlagen können. Das ist der Ausdruck des unantastbaren Willens gewesen und wer daran nicht, nur dieses Selbstbestimmungsrecht Ober-schlesiens versteht, der legt die neuen Reime eines

Der Völkerbund.

Deutschlands Aufnahme.

Genf, 9. Juli. In Kreisen, die dem Generalsekretariat des Völkerbundes nahe stehen, ist man fest überzeugt davon, daß Deutschland bereits in aller nächster Zeit sein Aufnahmegesuch dem Völkerbund unterbreiten werde, nachdem es von englischer und französischer Seite die Versicherung erhalten habe, daß seiner Aufnahme aller Voraussicht nach keinerlei Schwierigkeiten sich entgegenstellen würden. Eine Reihe bekannter englischer Politiker habe sich seit längerer Zeit um die Sondierung der Ansichten der Völkerbundmitglieder bemüht und sei zu einem durchaus positiven Ergebnis gelangt, das nun der deutschen Regierung mitgeteilt worden sei.

Eine internationale Abrüstungskonferenz.

Paris, 9. Juli. Ein Telegramm des „New York Herald“ aus Washington gibt einige Worte der Präsidenten Harding wieder, der vorgestern erklärt habe, er werde demnächst die Frage einer internationalen Abrüstungskonferenz in die Hand nehmen. Der Präsident sagte hinzu, er habe sich mit der Lage eingehend beschäftigt. Eine Entscheidung, die ihm die Möglichkeit geben würde, die Schiffbauten während der Dauer der Tagung dieser Konferenz einzustellen, wurde vorgestern vom Senator Pomerene eingebracht und dem Marineauschuß überwiesen.

neuen großen europäischen Brandes, der jetzt den Todeskeim hinein in eine wieder aufblühende europäische Kultur und Zivilisation. Laßt die Finger davon, rufen wir heute den alliierten Mächtern zu, laßt die Finger von dem ober-schlesischen Volk und von seiner Freiheit! Sorgt für Ruhe und Ordnung, das ist die Pflicht der alliierten Mächte und internationalen Kommission in Oberschlesien. Sie haben die große, die heilige Pflicht vor der ganzen Welt übernommen, Treuhänder dieses deutschen Landes zu sein. Man wird in den europäischen Geschichtsbüchern eintragen, ob die Internationaler Kommission ihre Pflicht als Hüterin und Hüterin des deutschen Rechtsgebietes erfüllt hat. Der Gedanke der Selbstbestimmung kann nicht aus der Welt geschafft werden. Das ober-schlesische Volk hat gesprochen. Dieser Ruf muß beachtet werden. Diesen Ruf wollen wir heute, indem wir dem ober-schlesischen Volk unsere Hände reichen, erweitern zum großen Chor der deutschen Volksgemeinschaft, die unter den schweren Schicksalschlägen wohl gebeugt, aber nicht verzweifelt ist. Wir wollen mit der preussischen Staatsregierung besorgt sein, die Wunde rasch zu heilen; wir wollen dankbar anerkennen, was in Oberschlesien Großes geschehen ist an Heldenmut, an Ausdauer, an Gottvertrauen, an Vertrauen zu unserem lieben deutschen Vaterlande. Was ist dann das Größte in all diesem unenträglich Leid, das über uns gekommen ist? Schauen Sie nach dem Rhein, schauen Sie nach Ostpreußen und jetzt nach Oberschlesien. Der Jauner des Bürgerkrieges, die Drangsale drüben am Rhein, alles wird schließlich doch überlitten und überwunden durch die große mächtige Liebe unseres deutschen Volkes zur nationalen Einheit. Diese Liebe, die wir vielfach in den Stürmen der Umwälzung versunken glaubten, diese Liebe zum Volke, diese Liebe zur Freiheit ist mächtig wieder angelebt. Diese Liebe und einzig sie wird alles überwinden, sie wird groß und mächtig sein und einst wieder der Freiheit, einem neuen Glanz und neuer Wohlfahrt entgegenführen. Schlesiens Volk Gläubig, nicht verzweifeln, einig zusammenstehen, die Stimme erschallen lassen über den Erdentund zu allen Völkern hin: Gerechtigkeit auch für das besiegte Volk! In Eintracht wollen wir dem Gedanken der europäischen Kultur und dem Gedanken der Menschheit dienen. Gläubig, ihr Oberschlesier! Verzweifelt nicht, das deutsche Vaterland hofft auf euch und reißt euch die Hand, die Hand der Dankbarkeit und unverbrüchlicher Treue.

Die irische Konferenz.

Dublin, 8. Juli. Die irische Konferenz ist heute vormittag fortgesetzt worden. Vier sächsische

Briand über die ober-schlesische Frage.

Paris, 9. Juli. Delegierte der Gruppe „Freunde Polens“ wurden vom Ministerpräsidenten empfangen, dem sie über die Lage in Oberschlesien berichteten, insbesondere über die Ermordung des französischen Majors. Briand erwiderte, er hoffe demnächst den Bericht der internationalen Kommission zu erhalten, der eine Lösung für die gerechte Teilung des ober-schlesischen Gebietes vorsehe. Er setzte hinzu, daß die ins Auge gefasste Lösung nach den bereits eingegangenen Nachrichten mit den Gesichtspunkten übereinstimme, die er kürzlich vor der Kammer erläutert habe, die er kürzlich vor der Kammer erläutert habe. Was die Ermordung des französischen Majors anbetrifft, so werde es schwer sein in Anbetracht der Umstände, unter denen der Anschlag stattgefunden habe, den Täter zu ermitteln.

Die Kämpfe der Türken und Griechen.

Angora, 9. Juli. Der amtliche türkische Bericht vom 8. d. M. besagt, daß die Türken die Griechen im Süden von Samsun angegriffen und gezwungen haben, sich zurückzuziehen. Sie haben ihnen sehr große Verluste beigebracht. Im Jämlichabschnitt haben die Türken die Verfolgung der Griechen fortgesetzt, die sich nach Westen zurückziehen.

Unionisten waren zugegen. Über die Verhandlungen wird strenges Schweigen beobachtet. Eine große Menge begrüßte die Delegierten. Die Lage wird in Dublin optimistisch beurteilt.

Einklinkung der Feindseligkeiten in Irland.

London, 8. Juli. Nach einer amtlichen Neuentmeldung ist vermindert worden, daß die Feindseligkeiten in Irland am Montag eingeklinkt werden.

Abberufung des bulgarischen Gesandten aus Bukarest.

Bukarest, 9. Juli. Die bulgarische Regierung hat den bulgarischen Gesandten in Bukarest abberufen. Sein Nachfolger werde General Gishoff werden.

Rolle Grozoffizier der Ehrenlegion.

Paris, 9. Juli. Der Vorsitzende der Internationalen Kontrollkommission in Berlin, General Kollat, ist zum Grozoffizier der Ehrenlegion ernannt worden.

Der japanisch-englische Vertrag.

Washington, 8. Juli. (Reuter.) Von zufälliger Seite wird im Hinblick auf die von Lloyd George heute im Unterhaus gemachten Mitteilungen festgestellt, daß das Staatsdepartement von der englischen Regierung keinerlei formelle Mitteilung über die Erneuerung des japanisch-englischen Vertrags erhalten hat. Demnach lägen den Vereinigten Staaten von Amerika keinerlei Vorschläge vor, auf die das Staatsdepartement eine Antwort erteilen könnte.

Die Stärke des französischen Heeres.

K.P. Paris, 9. Juli. Die Gesamtstärke der französischen Armee beträgt im Jahre 1921 669 418 Mann gegen 823 251 Mann im Jahre 1914. Von der Gesamtzahl entfallen 571 546 Mann auf einheimische Truppen, 96 163 Mann auf Kolonialtruppen. In einer Betrachtung über das neue französische Gesetz über die Truppenstärke weist „Leit Parisien“ darauf hin, daß kein Hauptkennzeichen in einer Vermehrung der Regimenter der Artillerie (von 75 auf 93), der Pioniere (von 7 auf 21) und der Luftstreitkräfte (von 3 Truppenteilen auf 21) besteht, während die Infanterie- und Kavallerieregimenter um 11 bez. um 21 verringert worden sind. Von diesen Stärken sollen 42 Regimenter Infanterie, 14 Regimenter Kavallerie und 6 Regimenter Artillerie aus afrikanischen Eingeborenen aufgestellt werden.

Gebt für das Ober-schlesierhilfswerk!

Die Wirkung der Leipziger Prozesse.

Das deutsche Volk protestierte zum erstenmal nach vielen Erniedrigungen geschlossen gegen die Auslieferung der nach dem Versailler Vertrag verlangten „deutschen Kriegsverbrecher“. Der Protest war so nachdrücklich und einheitlich, daß sich der Pariser Hohe Rat, der bis dahin kein Nachgeben gekannt hat und seine Forderungen im Notfall durch Drohungen und Sanktionen zu erzwingen suchte, damit einverstanden erklärte, daß die Prozesse gegen die, die mit Belohnungsmaterial der deutschen Regierung zur Aburteilung angegeben wurden, in Leipzig vor dem Reichsgericht verhandelt werden könnten. Die Verbündeten behielten sich dabei vor, daß sie diese Verhandlungen in Leipzig durch Kontrollorgane beaufsichtigen lassen würden. Nach langer Zeit erst unterbreiteten sie dem Reichsgericht die einzelnen Klagenfälle, übermittelten das Belohnungsmaterial und nannten die Zeugen. Die Prozesse wurden aufgenommen. Und bisher ergab sich, daß sie nicht (was man beabsichtigte) unsere so objektive barbarische Kriegsführung bekräftigten, sondern im Gegenteil: die vielfachen Freisprüche und milden Urteile ließen erkennen, daß die Behauptungen der Verbündeten über die Härte der deutschen Kriegsführung zumeist aus der Luft gegriffen waren. Französischerseits hatte man den General Stenger wegen Nordes dem Oberreichsanwalt angezeigt; General Stenger wurde in der Verhandlung so gereinigt, daß sein Freispruch erfolgen mußte. In diesem Prozesse zeigte sich besonders, mit welchen Mitteln die Beurteilungen französischerseits erstrebt werden. Die Stimmen der Pariser Presse lassen deutlich erkennen, daß man in Frankreich nicht das Recht sucht, sondern andere Ziele verfolgt. Schon als die von England angegebenen Kriegsbeschuldigten freigesprochen und teilweise milde verurteilt wurden, zeigte man in Paris Empörung. Der englische Oberstaatsanwalt aber war objektiv genug, die öffentliche Meinung in England zu beschwichtigen und ihr klar zu machen, daß kein anderes Gericht so objektiv, sachgemäß und rechtlich urteilen könnte wie das Reichsgericht in Leipzig. Tatsächlich treibt dieses Gericht die Rechtsuche bis auf die Spitze und richtet sich nach keinerlei Einflüssen von außen, sondern lediglich nach den Zeugenaussagen und den vorhandenen Paragraphen. So ist es erklärlich, wenn in England die zuerst dort aufgetauchte Empörung bald schwand. Um so mehr überläßt es, wenn schon die englischen Prozesse die Pariser Zeitungen in Aufregung setzten und nun der erste „französische Prozess“ das angebliche Maß der Schuld der Franzosen zum Überschäumen bringt. Sie behaupten, in Leipzig würde eine Komödie gespielt, man suche dort nicht nach dem Recht, sondern nach Gründen, wie die Kriegsbeschuldigten freigesprochen werden könnten.

Frankreich hat während des ganzen Krieges die deutsche Kriegsführung verurteilt, hat die ganze Zeit mit der Unterstützung durch Northcliffe gegen Deutschland ausgehakt. Das sollte nun noch durch die Kriegsprozesse ausdrücklich bestätigt werden. Man brauche für die französische Geschichte das notwendige Material und für das französische Ansehen in der Welt die nötigen Beweise für die unumwundenen Behauptungen. Die Leipziger Prozesse scheitern aber in dieser Hinsicht zu verjagen; dort wird im Gegenteil die französische Eigenpropaganda offenbart. Und die Enttarnung der Frau-zen ist verhängnisvoll. Sie suchen nicht das Recht, sie wollen, daß die von ihnen angeklagten Verbrecher auch verurteilt werden, ganz gleich, ob Beweise vorhanden sind oder nicht. Der Ministerpräsident Briand hat, wie mitgeteilt wird, auf ein Telegramm hin seine juristische Kommission bei den Kriegsbeschuldigten-Prozessen und die fremdländischen Zeugen abberufen, ohne den Bericht und Antrag dieser Kommission abzuwarten. Briand nimmt damit